

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN
EINER ÖSTERREICHISCHEN REGIERUNGSDELEGATION IN MOSKAU
IM APRIL 1955

Von sowjetischer Seite nahmen teil:

Die Stellvertretenden Ministerpräsidenten
MIKOJAN und MOLOTOW

Die Abteilungsleiter im sowjetischen Aussenministerium
ILJITSCHOW, SEMJONOW, KOMYKIN, MICHAILLOW, GRIBONOW
und vier nicht namentlich bekannte Herren

Von österreichischer Seite nahmen teil:

Bundeskanzler Ing. RAAB
Vizekanzler Dr. SCHÄRF
Bundesminister Ing. Dr.h.c.FIGL
Staatssekretär Dr. KREISKY
Botschafter Dr. BISCHOFF
Die Gesandten Dr. SCHÖNER und Dr. VEROSTA sowie
Dr. KINDERMANN

Die Niederschrift der sowjetischen Ausführungen erfolgte auf Grund der Übersetzung der sowjetischen Dolmetscher. Die vorkommenden sprachlichen und grammatikalischen Unebenheiten sind dabei wörtlich wiedergegeben worden.

Erste Besprechung am 12. April 1955, 15 Uhr, im Kreml zu Moskau

Molotow:

Wir haben Möglichkeit des Zusammentreffens geschaffen, um unsere Absichten zu klären. Wir sprachen bei Ministerpräsident und bei mir darüber. Ich möchte wider den Gedanken geben, den ich heute schon geäußert habe bei unserer Zusammenkunft.

Die Sowjetregierung denkt, dass die Tage des zehnten Jahrestages kommen und es wäre gut, wenn das österreichische Volk diese Tage mit grosser Genugtuung feiern könnte. Da das österreichische Volk sicher wäre, dass Möglichkeit einer Vorstufe der Erlangung der Freiheit besteht.

Die Frage ist schon vorbereitet und es bleibt nicht viel, was wir zu machen haben. Wir denken, dass der Text des Staatsvertrages für Österreich eine gute Basis für die Verhandlungen ist.

Was die Sowjetregierung betrifft, so nehmen wir an, dass die Frage des Abschlusses des Staatsvertrages genug vorbereitet ist, um jetzt zu einer Lösung zu kommen.

Wir so auch wie Sie verstehen gut, dass die Unterzeichnung nicht nur unsere Sache ist, sondern Sache der vier Mächte und natürlich auch Sache Österreichs. Wir haben die Meinung, dass wir eine gemeinsame Meinung haben können, wenn wir das Gemeinsame finden können. Natürlich werden wir noch sehen, welche Fragen wir haben zu erörtern. Es sind nur mehr wenige Fragen und wir glauben, dass Möglichkeit besteht, sie zu lösen.

Natürlich werden wir zu konkreten Besprechungen der Fragen übergehen müssen, die wir noch zu lösen haben. Unsere Unterredungen haben einen vorbereitenden Charakter, aber sie sollen die Lösung durch die vier Mächte erleichtern.

Wir sind der Meinung dass diese Tage für die Lösung des Problems des Staatsvertrages von Bedeutung sind. Allgemein verstehen wir die Tendenz des österreichischen Volkes, andererseits ist die Frage eng verbunden mit der Frage des allgemeinen Friedens. Eigentlich gesagt, haben wir ja von Österreich nichts nötig, ausser was wir bereits gesagt haben, aber wir müssen vollkommene Sicherheit haben, dass Österreich in Zukunft nicht zum Aufmarschgebiet für andere Mächte wird.

Wir verstehen, dass die Österreicher ein friedliebendes Volk und an kommenden Kriegen keineswegs interessiert sind. Aber leider lehrt die Geschichte, dass der Friedenswille Österreichs nicht allein genügt, da aggressive Mächte Österreich zum Werkzeug benützen könnten. Wir glauben, dass nicht nur die Sowjetregierung, sondern auch Österreich interessiert ist, eine gemeinsame Sprache zu finden, um die Probleme zu lösen. Dies sind die einführenden Worte der sowjetischen Delegation bei der Eröffnung der Verhandlungen.

Raab:

Wenn ich auf die Worte des Herrn Ministerpräsidenten kurz eingehen soll, so möchte ich folgendes sagen: Wir haben in Berlin unsere Stellung bezogen, da wir einerseits den Staatsvertrag als Grundlage der Verhandlungen nehmen und da die österreichische Bundesregierung immer wieder darauf hingewiesen hat, dass sie sich keinem militärischen Pakt anschliessen will, sich aus allen militärischen Kombinationen heraushalten will. Wir sind bereit, alle Beschlüsse zu fassen, um diese Gedanken festzulegen, aber als kleines Land sind unsere Mittel beschränkt. Wir wollen im Volke diese Gedanken festlegen, um unsere Unabhängigkeit zu verteidigen.

Ich frage, wie sich die Herren die weitere Ausgestaltung dieses Sicherheitsgedankens vorstellen. Dies wird auch Aufgabe des Vertragsabschlusses der vier Mächte sein. Wir begrüßen einen solchen Abschluss und werden dazu alles beitragen, was wir können. Ich bitte, wenn Aussenminister Molotow uns sagen würde, wie er sich selber diese Garantie vorstellt.

Molotow:

Ich glaube, es würde richtig sein, die Feststellungen zu analysieren, die in der Rede des Aussenministers am 8. Februar und in den Erklärungen des Herrn Botschafters Bischoff festgelegt worden sind. Wenn wir die Angelegenheit auf diese Weise verhandeln, so werden wir schon jetzt die wichtigsten Punkte streifen können. Ich glaube, dass man die drei Punkte in meiner Rede vom 8. Februar zum Ausgangspunkt, zur Basis der Verhandlungen machen sollte. Es ist selbstverständlich, dass die Sowjetdelegation ihren Standpunkt und die österreichische Delegation ihren eigenen Standpunkt vorbringt. Ich hoffe, dass der Herr Bundeskanzler das Memorandum vom 24. März in seinem Besitz hat.

Raab:

Ich werde vorerst nicht von der Präambel der Sowjetregierung sprechen.

(Bundeskanzler Raab verliest eine vorbereitete Erklärung

1. Dieser Punkt enthält drei Gedanken
2. Allgemeine Betrachtungen
3. Ich betrachte die bestehende Remilitarisierung Westdeutschlands Gefahr eines Zwangsanschlusses
.. "Verschlingung"
4. Termin für Abzug der Besatzungsgruppen)

Raab: Ich wiederhole: Wir haben im Staatsvertragsentwurf Aufstellungen über die künftigen militärischen Möglichkeiten Österreichs. Die österreichische Regierung ist bereit, mit dieser Truppe auch die Unabhängigkeit Österreichs zu verteidigen, soweit es nur möglich ist. Wir können dies auch im Sinne Ihrer Auffassung, nicht weil Sie es wollen, sondern weil wir es wollen, die Unabhängigkeit moralisch festigen und festlegen, da wir ein unabhängiger Staat bleiben wollen.

Was die Remilitarisierung Westdeutschlands anlangt, ist dies eine Frage, die uns nicht berührt, auf die wir keinen Einfluss haben. Wir haben zu Westdeutschland dieselben Beziehungen wie zu anderen Staaten, auch z.B. zur CSR und zu anderen Volksdemokratien. Wir haben in den letzten Jahren jede Einmischung immer abgelehnt.

Wir haben im ersten Friedensvertrag von Saint Germain 1918 ein Anschlussverbot gehabt, es sind damals keine Unabhängigkeitsgarantien beschlossen worden. Wie wir 1938 in Gefahr kamen, hat man uns international nicht geholfen und der englische und der französische Botschafter haben nur die Achseln gezuckt.

Wenn die vier Alliierten zu einem Beschluss kommen, die Unabhängigkeit zu garantieren, so könnten wir das nur begrüßen und wir werden allen Einfluss wahrnehmen, um zu diesem Beschluss zu gelangen.

Molotow: Wir rechnen mit diesen Tatsachen und verstehen die Lage Österreichs. Wir verstehen insbesondere, dass die österreichische Regierung am Frieden interessiert ist.

Raab: Was Punkt 3) anlangt, sind wir dafür, dass der Abzug aller Mächte aus Österreich gleichzeitig erfolgt, womöglich zu einem fixen Termin, nicht so unbestimmt und variabel wie im Staatsvertragsentwurf. Es muss für alle vier Mächte bestimmt werden, dass sie ihre Truppen gleichzeitig zurückziehen.

Molotow: Die Sowjetregierung erinnert sich an den Vertrag von Saint Germain und feststellt daraus, dass die Unterzeichnung eines blossen Vertrages als Garantie für Österreich nicht ausreicht.

Wir glauben trotzdem, dass der neue Staatsvertrag ein Instrument von grosser Bedeutung sein wird, weil auf vier Grossmächten beruhend und von Österreich mit zu unterzeichnend. Wie bekannt, hat die Sowjetregierung am Staatsvertrag von Saint Germain keinen Anteil gehabt. Wir messen dem grösste Bedeutung bei, daß bei den Verhandlungen auch die Vertreter der beiden grossen Parteien Österreichs gehört werden. Es ist von grösserer Bedeutung, dass beide Parteien die grosse Majorität des österreichischen Volkes ausmachen, was niemand anzweifeln kann.

Was die Frage der Garantien betrifft, so dürfte dies keine besonderen Schwierigkeiten machen, wenn bezüglich der anderen Punkte Einigung erzielt werden kann. Die Frage der Garantien steht in enger Verbindung mit Punkt 3), daher mit jenem Komplex, welcher sich mit der Remilitarisierung Westdeutschlands befasst.

Die Erklärung von Paul Mendes-France ist der Sowjetregierung bekannt, ebenso die Art, wie die österreichische Regierung reagiert hat. Der Herr Aussenminister sagte, es wäre gut, einen fixen Termin für den Abzug der Besatzungstruppen festzusetzen. Er ist ^{nicht} dafür, dass die Termine lange dauern sollen, er ist eher für einen kurzen Termin für diesen Abzug.

(Molotow verliest nunmehr Punkt 2) seiner Erklärung vom 25. März 1955

"Es ist natürlich, dass sich die Sowjetregierung dafür interessiert, wie sich Österreich eine Erklärung laut Punkt 2) vorstellt. Die Sowjetregierung könnte nicht darauf bestehen, dass der Text Teil des Vertrages bildet, könnte auch ausserhalb des Vertrages gemacht werden. Die Sowjetregierung glaubt feststellen zu können, welcher Art die Erklärung der österreichischen Regierung sein kann, dass diese von allen vier Mächten unterschrieben werden könnte."

Bundeskanzler Raab kommt nochmals auf Punkt 1) zu sprechen:

"Es müsste also die Frage des Termines im Staatsvertragsentwurf geändert werden und ein fixer Termin angesetzt werden.")

- Molotow: Die Termine sind ja ein Gegenstand der Erörterungen, die jetzt vor sich gehen.
- Figl: Wir sind mit der Feststellung eines Termines einverstanden, die Frage ist, ob nach Unterzeichnung oder nach Ratifizierung des Staatsvertrages. Die österreichische Regierung ist nicht für einen Termin nach der Ratifizierung, sondern für einen früheren nach Unterzeichnung des Vertrages.
- Raab: Im Staatsvertrag könnte es einen Artikel geben, dass die vier Mächte die Unabhängigkeit Österreichs garantieren.
- Molotow: Eine solche Garantie muss nicht in den Staatsvertrag hinein.
- Raab: Eine Garantie hat im Vertrag von Saint Germain gefehlt, niemand hat uns damals gesichert.
- Figl: Man hat Österreich ein Verbot des Anschlusses auferlegt, aber sich nicht bereit erklärt, Österreich dabei zu helfen.
- Molotow: Über die Garantiefrage muss noch gesprochen werden. Zwischen der Meinung der Sowjetunion und der österreichischen Regierung bestehen keine Differenzen, Ich glaube, dass man zu einer Einigung mit den drei übrigen Mächten kommen könnte.
- Mikojan: Es könnte den Westmächten wohl schwer sein, dagegen zu sein.
- Molotow: Die Sowjetregierung glaubt, obwohl Österreich ein kleines Land ist, dass seine öffentliche Meinung eine einhellige ist, gegen die die übrigen Mächte kein Veto einlegen könnten.
- Raab: Es bestehe dann für die Grossmächte eine Verpflichtung, alle vier Grossmächte sind dann unsere Taufpaten, die uns helfen müssen.
Zu Punkt 2): Diese Erklärung ist schon in Berlin abgegeben worden. Wir sind bereit, sie noch einmal abzugeben, vielleicht vor dem österreichischen Parlament oder auf ähnliche Art. Der Punkt 2) bietet für uns keine Schwierigkeiten.
- Molotow: Die sowjetische Regierung will ganz konkrete Vorstellungen von dem Charakter der österreichischen Erklärung haben. In Berlin wurde so

etwas erklärt. Die Sowjetregierung ist der Meinung, dass die österreichische Regierung eine konkrete Erklärung über die Wahrung der Neutralität und die Nichtzulassung militärischer Basen auf ihrem Gebiet abgeben könnte. Ausserdem könnten die vier Mächte eine Erklärung ihrerseits abgeben, dass sie diese Erklärung honorieren.

Raab: Die Erklärung ist im Hauptausschuss gegeben worden und kann im Plenum des Nationalrates wiederholt werden, nochmals in ganz feierlicher Form. Der Staatsvertrag muss ja durch das österreichische Parlament genehmigt werden. Darüber hinaus kann diese Erklärung auch international an alle Mächte abgegeben werden. Was wollen Sie darüber hinaus noch? Was Sie in Punkt 2) festlegen, könnten wir im Parlament genau wiederholen lassen.

Molotow: Es könnte gut sein, hinzuzufügen, dass Österreich die Politik einer Neutralität machen wird.

Raab: Wir werden es uns überlegen und glauben, dass es keine Hindernisse geben wird.

Molotow: Das könnte grosse Genugtuung für die Sowjetregierung sein, wenn Sie eine solche Erklärung abgeben. Der Sowjetregierung schwebt eine Stellung vor, wie sie etwa die Schweiz heute hat. Wir glauben, dass, wenn eine Übereinkunft darüber erfolgt, könnten alle übrigen Fragen ohne Schwierigkeiten gelöst werden. Die Sowjetregierung glaubt, dass eine solche Erklärung von allen vier Mächten angenommen werden kann.

Raab: Wir werden uns das zu Gemüte führen.

Molotow: Wie ist es nun mit Punkt 3)?

Raab: Der wird keine Schwierigkeiten machen. Ich bitte, noch einige Bemerkungen machen zu können. Der Staatsvertrag ist in seiner vorliegenden Form vor dem Jahre 1949 entworfen worden. Es erscheint mir dringend notwendig, an eine Modernisierung zu denken. Es sind einige alte Möbel drinnen, die beseitigt werden sollen.

Molotow: Auch die Sowjetregierung weiss von alten Möbeln. Wir sind einverstanden, dass alte Möbel ausgeräumt werden.

- Raab: Wir wollen am 27. April eine Einladung an die vier Grossmächte ergehen lassen, sich zusammzusetzen und den Staatsvertrag endlich fertig zu machen.
- Molotow: Die Sowjetregierung ist damit einverstanden.
- Raab: Den Termin müssten die vier Grossmächte gemeinsam bestimmen.
- Molotow: Was die Sowjetregierung betrifft, so kann sie einen kurzen Termin vertreten und hofft, dass Österreich den gleichen Standpunkt vertritt. Die Sowjetregierung kann jedem kurzen Termin zustimmen. Natürlich ist Voraussetzung, dass vorher Einigung über die prinzipiellen Fragen erfolgt.
- Raab: Sie haben in Berlin zum Schluss eine Botschafter-Konferenz vorgeschlagen? Die drei Westmächte haben uns vor der Abreise eine Note überreicht, die Sie ja kennen. Wir legen Wert darauf, dass bei dieser Konferenz Leute reden, die auch Vollmacht haben, die Sache zum Abschluss zu bringen.
- Molotow: Die Sowjetregierung ist ganz Ihrer Ansicht.
- Raab: Dann habe ich noch die Frage nach unseren Leuten, die noch hier sind. Sie könnte eine wesentlich andere Stimmung in der österreichischen Bevölkerung hervorrufen.
- Molotow: Die Sowjetregierung kann gerne zu dieser Frage zurückkehren, wenn in den übrigen Fragen Einigung erzielt worden ist.
- Raab: Wie steht es nun mit den wirtschaftlichen Fragen, könnte man nicht auch über einen Handelsvertrag zwischen Österreich und der Sowjetunion reden?
- Molotow: Die Sowjetregierung kann sich auch mit dieser Frage befassen, wenn Österreich daran Interesse bekundet.
- Figl: Könnte man nicht auch über die Öl-Frage nunmehr sprechen?
- Molotow: Ja, man kann auch diese Frage anschnitten.
- Raab: Hoffentlich werden wir Ihnen viele Waren liefern können.

- Molotow: Wir sind bereit, auch diese Frage zu erörtern, und die Frage eines Handelsvertrages voranzutreiben. Ich möchte überhaupt die Absicht der Sowjetregierung bekanntgeben, dass die österreichische Delegation nicht umsonst nach Moskau gekommen sein soll. Es besteht kein Grund zu Pessimismus.
- Raab: Darf ich nun resumieren: Die Sowjetregierung ist also bereit, den Staatsvertrag nächstens abzuschliessen. Sie ist ferner bereit, einem festen Termin für den Abzug der Besatzungstruppen zuzustimmen. Die vier Grossmächte sollen die Unabhängigkeit Österreichs durch irgend einen Beschluss garantieren.
- Molotow: Die Form dieser Frage muss noch erörtert werden. Im Prinzip bestehen keine Einwände.
- Raab: Die Form kann ja bei der Konferenz der vier Mächte festgelegt werden.
- Molotow: Die Sowjetregierung meint, dass vor den Vier-Mächte-Besprechungen eine gemeinsame Plattform gefunden werden soll. Die Sowjetregierung ist am Charakter der österreichischen Erklärung sehr interessiert, ebenso daran, welchen Charakter die Erklärung der vier Mächte tragen soll. Die Sowjetregierung glaubt, eine Lösung zu finden, die für Österreich und die Sowjetunion annehmbar wäre. Es kann erwartet werden, dass ein Text
- Raab: Die österreichische Regierung könnte eine Erklärung abgeben über den Nichtbeitritt zu militärischen Allianzen. Sie könnte sich ebenso gegen militärische Stützpunkte aussprechen und, was wir noch beraten wollen, eine Erklärung über eine neutrale Haltung ganz allgemein abgeben. Wir werden uns bemühen, eine Formel zu finden und dieselbe vielleicht schon morgen überreichen.
- Zu Punkt 3): Wir bitten um Zuziehung, nachdem wir schliesslich die Hauptbeteiligten sind. Wir stellen fest, dass der Text des Staatsvertrages überholt werden kann, und dass über wirtschaftliche Fragen noch gesprochen werden wird. Wenn alles abgeschlossen werden kann, dann bedenken Sie, dass die finanzielle Leistung, die wir an Sie zu entrichten haben, eine sehr grosse ist. Wir erwarten von Ihnen ein fühlbares Entgegenkommen.

- Molotow: Die Sowjetregierung meint, dass der Text des Staatsvertrages weiter bestehen bleiben soll, wie er ist.
- Was die 150 Millionen anbetrifft, kann keine Änderung eintreten, ausser Abstattung in Warenlieferungen. Wir haben natürlich grosses Interesse, dass diese Unternehmungen nicht an Westdeutschland übergehen.
- Was die Frage des Öls und der DDSG betrifft, so ist die Sowjetregierung bereit, diese Fragen erneut zu prüfen und eine für Österreich günstige Lösung zu finden.
- Figl: Wäre die Sowjetregierung in der Frage des Öls und der DDSG bereit, eine Ablöse anzunehmen? Im Prinzip?
- Molotow: Die Sowjetregierung könnte im Prinzip damit einverstanden sein, dass das Öl und die DDSG zurückgegeben werden unter der Bedingung, dass der Gegenwert in Rohöl an die Sowjetunion erstattet wird. Die Bedingung könnte so sein, dass kein zusätzlicher Dollar-Betrag, sondern dass jährlich so und so viel Rohöl an die Sowjetunion gegeben werden. Die Sowjetunion ist der Meinung, dass diese Lösung für sechs Jahre laufen könnte.
- Ich schlage vor, morgen um 11 Uhr wieder zusammen zu kommen. Von 11 Uhr bis etwa um 13 Uhr. Anschliessend findet ein Frühstück statt. Die Sowjetregierung meint, dass heute ein guter Anfang gemacht worden ist.
- Raab: Auch wir sind derselben Meinung.
- Molotow: Morgen werden wir mit Erfolg weiter fortsetzen und später gut essen.

Ende 16.15 Uhr.

Zweite Besprechung am 13. April 1955, 11.05 Uhr, im Kreml zu Moskau

Anwesend: Die gleichen Herren wie am Vortage.

Raab: Wir haben die gestrige Besprechung zusammengefasst, aber noch nicht übersetzt.

(Der Bundeskanzler verliest ein Papier, welches übersetzt wird.

Im Laufe der Verlesung:

"Es soll heissen aller Besatzungstruppen"

"Über die Bedingungen des Staatsvertragsentwurfes hinaus"

"Weil im Artikel 2 nur vom "8."(?) die Rede ist"

Es müsste da hineinkommen oder sonst ein eigener Vertrag über die Garantie beschlossen werden.

Das haben wir zusammengefasst, ich bitte die Herren/um ihre Stellungnahme.

Molotow: Welche Bedeutung legen Sie diesem Papier bei?

Raab: Es handelt sich nur um eine Niederlegung der gestrigen Unterredung.

Molotow: Ist das also ein Arbeitspapier zum Gespräch?

Raab: Ja.

Molotow: Es gibt da noch eine Reihe von unklaren Punkten.

Punkt 1): Es ist nicht ganz klar, ob Sie nur unter der Voraussetzung unterschreiben, dass über alle Punkte Einverständnis erzielt wurde. Der Punkt sollte am Ende stehen, nicht am Anfang. Die Sowjetregierung ist bereit, den Termin des Abzuges der Besatzungstruppen schon heute festzulegen. Unter der Bedingung, dass über die anderen Punkte Einverständnis erzielt werden kann. Wie ist es mit unserem Vorschlag der Abstattung "eines Teiles in Waren"?

Die Sowjetregierung ist auch einverstanden, dass der ganze Betrag in Warenlieferungen abgestattet werden kann, ausserdem natürlich Warenlisten angelegt werden, Art und Lieferung, Verpflichtung der österreichischen Regierung für Warenlieferungen, dass später keine Differenzen entstehen sollen. Die Sowjetregierung möchte in den nächsten sechs Jahren irgend welche Differenzen vermeiden.

- Figl: Man müsste das Besprechungen von Fachleuten überlassen.
- Mikojan: Das Grundsätzliche muss aber hier schon besprochen werden, nur über Einzelheiten kann man später reden.
- Molotow: Die Sowjetunion hat derartige Abmachungen schon mit anderen Staaten abgeschlossen, so mit Finnland. Dieser Vertrag könnte als Vorbild dienen. Die Sowjetunion wünscht auch heute, dass alles auf solche Art und Weise festgelegt wird.
- Raab: Das ist ganz unsere Meinung. Die 150 Millionen Dollar können also in ihrer Gesamtheit in Waren geliefert werden.
- Mikojan: Jawohl, nach Weltmarktpreisen.
- Molotow: Dementsprechend muss der Wortlaut des Punktes formuliert werden. Die Sowjetregierung meint, dass Punkte im Staatsvertragsentwurf Artikel 35 nicht geändert werden sollen. Die Erledigung soll Gegenstand einer besonderen Vereinbarung zwischen Österreich und der Sowjetunion sein, gleichzeitig mit Unterzeichnung des Staatsvertrages abzuschliessen, aber als zweiseitige Abmachung.
- Raab: Wir sind einverstanden.
- Molotow: Man könnte auch früher paraphieren und die endgültige Unterzeichnung gleichzeitig mit dem Staatsvertrag vornehmen. Es wäre wünschenswert, die Höhe der Öllieferungen festzusetzen, und zwar heute oder morgen. Minister Kabanow könnte ermächtigt werden, darüber mit der österreichischen Delegation zu verhandeln.
- Raab: Ich hoffe nur, dass er nicht zu teuer ist! Wollen Sie uns nicht einen Vorschlag machen?
- Molotow: Seitens der Sowjetunion kann ein Vorschlag gemacht werden. Österreich kann den Wert dieser abgetretenen Rechte wohl richtig schätzen.
- Mikojan: Man darf nicht nur die Ölrechte in Betracht ziehen, sondern auch alle Nachkriegsinvestitionen müssen in dieser Summe enthalten sein. Bei

der Übernahme waren nur Ölfelder mit einem geschätzten Ertrag von 4 Millionen Tonnen bekannt, die Sowjetischen Experten haben in Österreich 70 Millionen Tonnen Öl entdeckt. Die Förderung beträgt jetzt 3,5 Millionen Tonnen jährlich gegenüber einer früheren Förderung von nur 600.000 Tonnen im Jahr. Diesen unseren grossen Investitionen muss wohl Rechnung getragen werden.

Raab: Das muss erst eine gemeinsame Kommission von Experten feststellen.

Mikojan: Das könnte heute gemacht werden. Es soll sich eine Kommission gleich mit dieser Sache beschäftigen.

Molotow: Ich möchte das unterstreichen, was gestern gesagt wurde, nämlich, dass die Rechte der Sowjetunion an Österreich in solcher Weise übergeben werden müssen, dass sie auch in den Händen Österreichs bleiben. Wir fürchten nicht, dass sie an ausländische Mächte abgetreten werden.

Raab: Wir haben auch nicht eine solche Absicht.

Molotow: Das sollte aber ausdrücklich festgelegt werden. Für die sowjetische Seite kann die Kommission Minister Kabanow führen. Wer soll auf österreichischer Seite führen?

Raab: Wir haben alles Interesse daran, dass wir nicht zu stark belastet werden. Schliesslich werden wir schon 10 Jahre ausgebeutet.

Molotow: Aber auch entwickelt!

Mikojan: Die Sowjetunion hat schliesslich grosse Arbeit bei der Erschliessung geleistet.

Raab: Wir werden uns die Sache überlegen und Ihnen dann eine Antwort geben.

Molotow: Um welche Artikel handelt es sich weiter?

Raab: Da ist z.B. die Frage unserer Staatsbürger in der Sowjetunion.

Molotow: Ich schlage vor, darüber zu reden, welche Artikel des Staatsvertragsentwurfes als veraltet angesehen werden sollen.

Artikel 6: Einbürgerung und Aufenthalt der Deutschen in Österreich

Artikel 11: Über Kriegsverbrecher

Artikel 15: Über Archive

Artikel 16bis: Über Abtransport

Artikel 36: Über Rückstellungen durch Österreich

Wir sind ausserdem bereit, in Diskussionen einzutreten über Artikel 48bis, Bezahlung für Nachkriegsschulden.

Raab: Ich möchte noch auf Absatz 3 der Präambel aufmerksam machen, in dem wir der Mitschuld am Kriege angeklagt werden.

Molotow: Es fragt sich, ob es weise ist, die Präambel überhaupt anzurühren. Wenn man es tut, werden weitere Fragen aufgerollt werden. Die Sowjetregierung schlägt vor, die Präambel in bisheriger Form zu belassen.

Raab: Daran soll es nicht scheitern.

Molotow: Da ist noch die Frage mit den Forderungen der Jugoslawen. Die könnte weitere Schwierigkeiten machen.

Raab: Vor allem nach unserer Auffassung.

Molotow: Es wäre vielleicht notwendig, die jugoslawische Regierung zu konsultieren. Der Artikel wurde über Verlangen Österreichs hineingenommen. Die Sowjetregierung ist an dieser Frage nicht direkt interessiert.

Raab: Den Artikel 11 betrachten wir vom gleichen Standpunkt wie die Sowjetunion.

Molotow: Einverstanden.

Raab: Der Artikel 14 bedeutet eine Einschränkung der Rechte Österreichs.

Molotow: Ich werde unsere Juristen befragen. Die Sowjetunion hat kein besonderes Interesse an dem Artikel.

Raab: Spricht über Artikel 15.

- Molotow: Wir sind einverstanden.
- Raab: Die Artikel 16 und 16bis sind heute auch bereits überholt.
- Molotow: Darüber müssen sich gleichfalls die Juristen unterhalten. Es wäre besser, sich auf Artikel 16bis zu beschränken, sonst geht es wieder an eine zeitraubende Kommission.
- Raab: Artikel 18 ist gleichfalls überholt, ob er nun darin steht oder nicht.
- Molotow: Es ist besser, wir lassen ihn drinnen, damit keine neuen Diskussionen hervorgerufen werden.
- Raab: Zu Artikel 21 möchte ich nur bemerken, dass wir ja schliesslich keine Marine haben.
- Molotow: Der Artikel enthält aber auch die Atomwaffen. Es dürfte besser sein, aus prinzipiellen Gründen den Artikel nicht anzurühren.
- Raab: Ich kann uns aber nicht mit diesem Artikel belasten.
- Schärf: Wir müssten dann die Alliierten bitten, uns zu diesem Artikel auch das Wasser und die See zu verschaffen.
- Molotow: Das wäre wirklich ein interessanter Antrag!
- Raab: Spricht über Artikel 36 und Artikel 38/3. Wir wollen nur die Werte heraushaben, "die im Namen der österreichischen Staatsangehörigen" laufen. Das bedeutet eine ungeheure Verwaltungsaufgabe.
- Molotow: Die Sowjetregierung ist daran nicht interessiert. Man muss darüber die Juristen konsultieren.
- Raab: Zu Artikel 39 möchte ich bemerken, dass dieser mit Artikel 38 zusammenhängt. Vielleicht kann er bei den Verhandlungen mit den anderen zusammen besprochen werden.
- Molotow: Wir sind einverstanden.

- Raab: Es handelt sich um eine sehr starke verwaltungsmässige Belastung. Weiters kommen wir zu Artikel 42 und zu Artikel 45. Es handelt sich um jugoslawische Forderungen. Wir stehen mit Jugoslawien in Verhandlungen und wollen das in zweiseitiger Form mit Jugoslawien regeln.
- Molotow: Sie könnten auch einen Parallelvertrag mit Jugoslawien gleichzeitig machen, wir hätten dagegen keine Einwände, nur wünschen wir keine Änderung des Artikels.
- Mikojan: Dazu hat Österreich aber ohnedies das Recht.
- Molotow: Wir sind nicht interessiert an Ihren Verhandlungen mit Jugoslawien. Wir werden keine Hindernisse in den Weg legen, aber durch Herausstreichen soll keine neue Komplikation entstehen.
- Raab: Artikel 48 ist bereits geregelt. Sonst haben wir derzeit nichts weiter zu bemerken.
- Molotow: Sind Sie mit Artikel 48bis einverstanden? Bei gleichzeitigem Verzicht Österreichs auf zivile Okkupationskosten?
- Raab: Ja.
- Molotow: Nunmehr kann es weitergehen.
- Punkt 6: Ich bitte, diesen Punkt zurückzustellen und gleichzeitig zum nächsten Punkt überzugehen.
- Zum ersten Absatz Seite 2: Dieser Punkt ist schon gestern diskutiert worden. Die Sowjetunion wünscht, dass er gemeinsam behandelt wird mit einer Erklärung Österreichs, die eine Festlegung der österreichischen Neutralität enthalten muss.
- Raab: Wir nehmen das zur Kenntnis und bitten aber um Unterbrechung zur Beratung.
- Molotow: Ich erinnere an die Erklärung des Bundespräsidenten vom Jahre 1952. Die Schweiz ist als Beispiel für die Sowjetunion sehr interessant. Die Sowjetregierung ist interessiert an einer eindeutigen Erklärung,

die keine Zweifel zulässt. Ich komme nochmals auf die Erklärung zurück, die Herr Bundespräsident Körner im Jahre 1952 gegenüber einem Vertreter des "Journal de Genève" abgegeben hat. Es heisst darin: "Was die endgültige Befreiung Österreichs anbelangt, so ist die Schweiz ein Beispiel politischer Weisheit"". Ausserdem hat der amerikanische Aussenminister Dulles im Jahre 1954 eine Erklärung abgegeben, zur Frage einer österreichischen Neutralität. Er hat darin gesagt, der Status der Neutralität ist ein Ehrenstatus für einen Staat, wenn er von diesem freiwillig gewählt wurde. Die Schweiz hat den Weg der Neutralität gewählt und hat es als neutrales Land verstanden, einen Ehrenplatz in der Geschichte der Völker einzunehmen. Die Republik Österreich hätte nach dem Staatsvertragsentwurf die Möglichkeit, die Neutralität als Ehrenstatus zu wählen so wie die Schweiz. Es könnten die Vereinigten Staaten von Amerika eine solche Wahl ebenso honorieren wie sie seinerzeit die Neutralität der Schweiz anerkannt haben. Weiter hat Herr Dulles festgestellt, dass eine von aussen aufgezwungene Neutralität nicht annehmbar sei. Die Sowjetunion schlägt so etwas auch nicht vor. Sie wünscht, dass die österreichische Regierung von sich aus eine Erklärung abgibt, die die Form einer feierlichen Deklaration hat. Die Sowjetregierung hofft, dass die österreichische Regierung sich positiv zu diesem Vorschlag einstellen wird und eine Deklaration abgeben wird, in welcher ausdrücklich festgestellt wird, dass für Österreich künftig das Prinzip der Neutralität Geltung haben soll. Wir haben nichts dagegen, wenn die österreichische Delegation sich jetzt zu einer Beratung zurückziehen wünscht.

- Raab: Wir möchten einstweilen lieber weiter fortsetzen.
- Molotow: Spricht nunmehr zu Punkt 2) und zu Punkt 3) und fragt, was man insbesondere unter Punkt 3) auf österreichischer Seite verstehe.
- Raab: Wenn das Parlament einen entsprechenden Beschluss gefasst hat, kann dieser allen Staaten formell bekanntgegeben werden.
- Figl: Wir werden einen solchen Beschluss allen Staaten zur Kenntnis bringen und um Anerkennung desselben ersuchen.

- Schärf: Wir würden wünschen, dass diese Erklärung, wie immer sie lauten mag, von den vier Alliierten Mächten bestätigt werden kann.
- Molotow: Das betrachten wir als keine grundsätzliche Frage.
- Raab: Es würde nur eine Untermauerung gegenüber der ganzen Welt bedeuten.
- Schärf: Wir werden uns bemühen, die Anerkennung aller anderen in Betracht kommenden Länder zu erlangen.
- Figl: Das Parlament wird die Erklärung beschliessen, die Grossmächte werden sie akzeptieren und die Welt wird sie zur Kenntnis nehmen.
- Raab: Ich habe noch eine Frage. Glauben Sie, dass das Wort "Neutralität" eine Erschwerung bei den drei Westmächten bedeuten kann?
- Schärf: In unserem Vorschlag ist die Neutralität bereits enthalten, ohne dass das Wort ausgesprochen wird.
- Molotow: Ich meine, wenn das Wort Neutralität in der Erklärung aufgenommen wird, wird es keine Schwierigkeiten hervorrufen, weil die Erklärung des Bundespräsidenten Körner im Jahre 1952 keine negative Reaktion bei den Westmächten bewirkt hat. Herr Dulles hat in Berlin ja ausdrücklich davon gesprochen.
- Raab: Wir sind wesentlich Ihrer Auffassung und wollen die Neutralität haben. Sie haben selbst auf die Erklärung Dulles hingewiesen. Ich weise ausdrücklich auf die freiwillige Beschlussfassung des Parlamentes hin. Man könnte aber sagen "aufgezwungen", wenn die Neutralität bei diesen Verhandlungen hier vereinbart wird.
- Molotow: Wir wollen daher vorläufig, dass keine Veröffentlichung stattfindet. Was wir hier besprechen, soll nirgends einen Niederschlag finden. Die Erklärung der österreichischen Regierung muss aus freiem Willen sein.
- Mikojan: Man könnte ja auch einwenden, dass militärische Stützpunkte unter Druck der Sowjetunion stattgefunden haben.

- Schärf: Welchen Zeitpunkt stellt sich die Sowjetregierung für eine derartige Erklärung vor?
- Molotow: Nach Unterzeichnung des Staatsvertrages oder gleich.
- Schärf: Das soll also heissen, dass jetzt vereinbart wurde, dass eine solche Erklärung nicht veröffentlicht wird, sondern erst bei der parlamentarischen Verhandlung des Staatsvertrages als österreichische Initiative herausgestellt werden soll.
- Molotow: Trotzdem muss eine Paraphierung dieser Erklärung vorgenommen werden. Es handelt sich um eine Erklärung der Neutralität, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird. Ich frage, kann die österreichische Bundesregierung eine Erklärung der Neutralität "nach dem Muster der Schweiz" abgeben?
- Raab: Wir ersuchen um eine Unterbrechung zwecks interner Beratung.

Ende 12.15 Uhr.

Fortsetzung der Besprechung am 13. April 1955 um 12.30 Uhr

- Raab: Alles ein Guss. Es kann nicht ein einziger Punkt allein perfekt werden.
- Molotow: Die Sowjetregierung ist der gleichen Meinung.
- Raab: Könnten wir für den Abzug der Besatzungstruppen den 31. Dezember 1955 als letzten Termin vorschlagen?
- Molotow: Darüber kann man sprechen.
- Raab: Ich denke, die vier Hochkommissäre sollen in Wien oder hier bei einer Sitzung zusammentreten, die die Art und Preise der Lieferungen festsetzt.
- Molotow: Das wäre besser, hier in Moskau zu verhandeln, man soll es nicht auf die lange Bank schieben, sondern möglichst bald erledigen.
- Figl: Sind Konsumgüter auch dabei? Und in welchem Rahmen?
- Mikojan: Wir werden Ihnen eine Warenliste geben.
- Molotow: Es können nicht alle Waren von uns angenommen werden, wir können Ihnen aber Listen von Waren, die wir brauchen, geben. Es wird nichts gefordert werden, was Österreich nicht ohnedies bereits exportiert.
- Mikojan: Man könnte das zusammen mit einem Handelsvertrag regeln.
- Raab: Was die Frage des Öles anlangt, so glauben wir, Ihnen vielleicht 50 % der Ausbeute des letzten Produktionsjahres gratis liefern zu können.
- Mikojan: Darüber kann gesprochen werden.
- Raab: Das war nur ein Vorschlag von uns.
Nun zum entscheidenden Punkt, nämlich die Verpflichtung der österreichischen Bundesregierung nach Punkt 1). Wir schlagen folgendes vor:

(Bundeskanzler Raab verliest ein Papier:

"wird die österreichische Bundesregierung eine Erklärung der Neutralität, wie sie von der Schweizer Eidgenossenschaft gehandhabt wird, abgeben")

Molotow: Gut.

Raab: Die österreichische Bundesregierung übernimmt dann die Verpflichtung, sich dafür einzusetzen, dass die drei westlichen Alliierten dem Garantievertrag beitreten.

Molotow: Wir hätten gerne einen schriftlichen Text Ihrer Erklärung nachher, die Antwort ist befriedigend. Die Sowjetregierung hofft, dass die österreichische Bundesregierung mit dem Termin für den Abzug der Besatzungstruppen einverstanden sein wird. Möglich wäre ein sechsmonatlicher Termin im Vertrag von dem Tage ab, an dem der Vertrag Rechtskraft erreicht. Bindung durch die Ratifikation der Sowjetunion ist nicht in Aussicht genommen. Es wird ein Termin vorgeschlagen werden, der noch vor dem 31. Dezember 1955 liegen soll. Wenn die Arbeiten bis Juli beendet werden, dann käme noch ein früherer Termin in Frage. Was die übrigen Truppen angeht, muss Einigung unter den Alliierten erzielt werden.

Raab: Wann läuft denn die Frist ab?

Molotow: Sechs Monate nach dem Tag der Ratifizierung. Die Ratifizierung kann durch die Sowjetunion noch vor dem Juli durchgeführt werden. Wir schlagen vor, statt drei Monate sechs Monate.

Raab: Für uns wäre es sehr wünschenswert, wenn ein fixer Termin festgesetzt werden könnte. Ich verweise auf die Äusserung des Staatssekretär Dulles.

Molotow: Natürlich ist die Sowjetregierung daran interessiert, dass nicht nur der Truppenabzug in Kraft tritt, sondern der ganze Vertrag. Daher wünscht sie so bald als möglich das zu arbeiten.

- Schärf: Bisher waren als spätestster Termin 90 Tage nach der Ratifizierung vorgesehen. Der Vorschlag des Herrn Molotow wäre ~~es~~ eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Sechs Monate sind doppelt so viel wie drei Monate. Wir kamen hierher, um über einen früheren Abzug zu sprechen. Was hier gesprochen wurde, bedeutet doch längere Zeit.
- Molotow: Immerhin sind sechs Monate noch kürzer als jene zwei Jahre, die Paul Mendese-France vorgeschlagen hat.
- Schärf: Wir haben doch angenommen, dass ein fester Termin festgesetzt werden wird. Das ist wieder ein unbestimmter Termin und noch ein ungünstiger. dazu. Wir können doch nicht zu den Westmächten gehen und sagen, die Sowjetunion wünscht eine längere Besatzung als im Entwurf vorgesehen.
- Molotow: Haben Sie denn Informationen darüber, dass die Westmächte auf einen kürzeren Termin als sechs Monate eingehen werden?
- Schärf: Aber die drei Monate stehen doch im Staatsvertragsentwurf drinnen.
- Molotow: Es ist aber von keiner Seite gegen Paul Mendese-France Vorschlag, einer Zeit von 18 bis 24 Monaten, protestiert worden. Es ist doch darüber eine Erklärung durch den Herrn Bundeskanzler abgegeben worden. (Molotow verliest eine nach seinen Angaben am 25. November 1954 in der Neuen Wiener Tageszeitung erschienene Erklärung, wonach Österreich eine positive Einstellung zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Paul Mendese-France einnimmt, was den Abzug der Besatzungstruppen anlangt.)
- Raab: Jawohl, aber mit einem festen Termin!
- Molotow: Es könnte daraus hervorgehen, dass Sie auch auf den 15. Mai 1957 eingehen würden, wenn nur ein fester Termin festgelegt würde.
- Raab: Ob 31. Mai 1955 oder 31. Juli 1956, es muss aber nur ein fester Termin sein.
- Die Ratifizierung z.B. durch das französische Parlament kann unter Umständen jahrelang dauern.

- Molotow: Man soll sagen, sechs Monate nach Ratifizierung, aber nicht später als ein bestimmter Termin. Wenn ein fester Termin gefordert wird, dann sechs Monate nach der Ratifizierung, aber nicht später als der 1. Juli 1956. Der Termin kann aber früher sein, wenn früher ratifiziert wird. Von Seiten der Sowjetunion wird es keine Hindernisse geben, nichts was darüber hinaus dauern soll. Wir möchten unsere Truppen schon vor dem 31. Dezember 1955 abziehen unter der Voraussetzung, dass die anderen das auch tun.
- Mikojan: Die französische öffentliche Meinung lässt nicht erwarten, dass dort Schwierigkeiten gemacht werden.
- Molotow: Wir sind bereit, einen festen Termin zu versprechen, wenn sich Ratifizierungsschwierigkeiten ergeben würden.
- Schärf: Wir machen politisch eine Schwenkung. Die österreichische Öffentlichkeit sieht nur eine Verlängerung der Räumungsfrist von drei auf sechs Monate. Das wird uns bei unseren Verhandlungen mit den Westmächten sehr belasten und auch in unserem Parlament.
- Molotow: Die Herren werden die Frage des 31. Dezember 1955 noch untereinander besprechen. Wir werden morgen zu dieser Frage zurückkehren.
- Raab: Noch eine Frage: Wie steht es mit der Rückkehr der Kriegsgefangenen und Inhaftierten?
- Molotow: Sind alle Fragen, die den Staatsvertrag selbst betreffen, nunmehr erschöpft?
- Raab: Die ganze Delegation kann mit Minister Kabanow Verhandlungen führen.
- Molotow: Kabanow, Mikojan^{und} Semjonow können daran teilnehmen.
- Raab: Wir würden sehr bitten, anlässlich des zehnten Jahrestages einen Gnadenakt zu setzen, der für die öffentliche Meinung in Österreich von grosser Wichtigkeit wäre.

Molotow: Wir sind bereit, diese Frage zu besprechen.

Raab: Darf ich noch folgendes bemerken: Unser Herr Bundespräsident Körner schrieb einen Brief an Herrn ~~Bundes~~Präsidenten Woroschilow, der die Frage der Kriegsgefangenen behandelt und den wir heute nachmittag überreichen wollen.

Molotow: Auf die Frage der Internierten wollen wir am besten zurückkommen nach dem Empfang bei Marschall Woroschilow.

Zu den wirtschaftlichen Verhandlungen möchte ich noch folgende Bemerkung machen:

Von österreichischer Seite müsste eine Erklärung abgegeben werden, dass zurückgegebenes deutsches Eigentum nicht in ausländischen Besitz zurückgeht, sondern Österreich verbleibt.

Ausserdem im Verhältnis zu österreichischen Staatsbürgern, die in sowjetischen Unternehmungen in Österreich gearbeitet haben, soll keine Diskriminierung ergriffen werden.

Raab: Wir sind einverstanden, wir haben ohnedies zu wenig Arbeiter.

Molotow: Es wäre gut, das niederzulegen, dass für die Zukunft keine Missverständnisse entstehen.

Der nächste Tagespunkt ist das Essen, wir haben es uns verdient.

Raab: Wir wollen am Freitag nach Wien zurückreisen.

Ende 13.05 Uhr.

Fortsetzung der Besprechung im Kreml am 13. April 1955 um 15.30 Uhr.

Auf Seiten der sowjetischen Delegation ist Minister Kabanow zusätzlich erschienen. Molotow nimmt an dieser Besprechung nicht mehr teil.

Mikojan: Wir wollen jetzt nur über die Grundsätze der wirtschaftlichen Seite sprechen. Wir denken an 25 Millionen Dollar jährlich. Wir haben in unsere Listen aufgenommen, was Österreich besitzt und exportiert und das was hier benötigt wird. Was wir im Rahmen eines Handelsvertrages kaufen^{werden} ist eine besondere Frage, die hier nicht behandelt werden soll.

Dr. Kindermann verliest sodann eine Liste, die ihm von Mikojan übergeben worden ist.

Mikojan: Das ist die erste Liste. Es wird nicht erwartet, dass die österreichische Delegation sofort Antwort gibt. Haben Sie noch irgend welche Bemerkungen? Das ist keine Handelsliste, sondern eine Liste der Waren für die Abzahlung von 150 Millionen Dollar.

Figl: Das müsste eine Kommission bestimmen.

Raab: Wir wissen ja gar nicht, ob wir das alles liefern können. Wir werden aber bald, vielleicht in 14 Tagen, eine Kommission herschicken, die das alles im einzelnen besprechen soll. Könnten Sie in dieser Liste nicht Konsumgüter, Textilien, Schuhe, Aluminium, Zellwolle usw. unterbringen?

Mikojan: Textilien erzeugen wir selber genug. Wir werden daneben doch auch einen Handel haben.

Raab: Wir werden darüber prüfen, was wir machen können. Wir stellen fest, dass das eine Kommission in Moskau ausarbeiten soll.

Mikojan: Wir sind einverstanden. Nun kommt die Frage der Preise.

Raab: Natürlich Weltmarktpreise.

- Mikojan: Sollen wir die Preise ein für allemal festlegen oder jährlich einmal?
- Figl: Wir sind für die fluktuierenden Preise der freien Wirtschaft.
- Raab: Lassen wir das für die Verhandlungen offen. Wir sollen uns alljährlich zusammensetzen und das jeweilige Kontingent bestimmen.
- Mikojan: Wie wird das organisationsmässig ausschauen?
- Figl: Wir werden Ihnen auch eine Liste geben, so dass Sie, wenn unsere Delegation kommen wird, schon kennen, was wir haben.
- Raab: Wo übernehmen Sie die Waren?
- Mikojan: An der österreichischen Grenze, franko Grenze. Die Abnahme kann auch bei den einzelnen Fabriken stattfinden. An der Grenze erlischt die Verpflichtung Österreichs.
- Welches Organ der österreichischen Bundesregierung wird mit der Durchführung der Lieferungen betraut sein?
- Raab: Wir werden wahrscheinlich eine eigene Kommission dafür gründen müssen.
- Mikojan: Wir werden für die Durchführung dieser Lieferungen unsere Handelsvertretungen in Wien bevollmächtigen. Nach Inkrafttreten des Staatsvertrages soll die Nationalbank Wechsel über die 50 Millionen Dollar ausstellen, mit denen dann alljährlich die Lieferungen bezahlt werden sollen.
- Jetzt kommen wir zur Frage des Öles.
- Raab: Was stellen Sie sich an Prozenten vor?
- Mikojan: Im vorigen Jahr wurden in Österreich 3,300.000 Tonnen gefördert, dieses Jahr werden 3 1/2 Millionen Tonnen produziert werden. Wie hoch hat Komykin unsere Anlagen damals geschätzt? Ich glaube, auf 6 Millionen Dollar vor sechs Jahren.
- Wir haben aber die österreichischen Ölfelder sehr entwickelt, neue Felder gefunden. Die genauen Adressen der neuen Felder sind bekannt.
- Figl: Was schlagen Sie uns vor?

- Mikojan: Der Vorschlag der österreichischen Bundesregierung erscheint uns annehmbar. In der hier herrschenden freundschaftlichen Stimmung hat es keinen Sinn, lange zu feilschen. Sagen wir 50 % von der tatsächlichen Förderung der nächsten sechs Jahre.
- Raab: Das Erträgnis wird aber in den nächsten Jahren fallen, weil Bohrungen ausgepumpt werden.
- Mikojan: Wenn es notwendig ist, wird die Sowjetunion ihre Spezialisten zur Hebung der Produktion in Österreich zur Verfügung stellen. Jährlich werden neue Felder von 7 Millionen Tonnen gefunden, die Förderung bleibt aber nur bei 3 Millionen.
- Raab: Sie können von uns nicht verlangen, dass wir die Katze im Sack kaufen.
- Mikojan: Kein Sack, keine Katze.
- Raab: Was haben Sie investiert, 6 Millionen Dollar, 12 Millionen Dollar? Was kostet Ihnen eine Tonne gefördertes Öl? Wir müssen eine Summe wissen, die wir leisten können.
- Mikojan: Die Ziffern stehen augenblicklich nicht zur Verfügung.
- Raab: Gehen wir auf die Dollar-Währung über. Sie sind ein guter Kaufmann. Wir haben gerechnet mit 12 Millionen Dollar.
- Mikojan: Das kann nur ein Politiker zusammengezählt haben, aber bestimmt kein Kaufmann.
- Raab: Was wollen Sie, sie haben mit Ihren USIA-Betrieben doch keine Freude.
- Mikojan: Wenn die Sowjetunion die Absicht gehabt hätte, lange in Österreich zu bleiben, so hätte sie in den Wreken mehr modernisiert, dann wären sie auch gute Betriebe geworden. Österreich wird keine Ausgaben für seine Verteidigung haben, wieviele Prozent würden Sie dafür geben? Eigentlich gibt Ihnen ja die Sowjetunion das Öl ganz umsonst.
- Raab: Meine Herren, machen Sie uns jetzt einen warmherzigen Antrag!

- Mikojan: Wir akzeptieren den Vorschlag von 50 %.
- Raab: Wir wollen aber zuerst sehen, was die 50 % kosten. Wir werden sehen, ob wir das machen können oder nicht.
- Mikojan: Es ist Ihr Recht, zu sehen, ob Sie es können oder nicht. Alles wird übergeben werden, auch die OROP, unter einer Bedingung, dass sie nicht an Ausländer weitergegeben werden. Sehr wichtig sind nicht nur die 50 %, sondern es muss auch ein Minimum etwa auf der Basis von 1954 garantiert werden.
- Komykin: Ich meine, die Sowjetunion müsste 60 % des Öles fordern, eventuell könnte dann aber auf ein garantiertes Minimum verzichtet werden.
- Raab: Ich will nur den Preis wissen, das geht noch in die Milliarden.
- Mikojan: Die Erdölförderung in Österreich belief sich 1951 auf 2 Millionen Tonnen, 1952 auf 2,2 Millionen, 1953 auf 3,54 Millionen, 1954 auf 3,2 Millionen und 1955 auf 3,5 Millionen Tonnen.
- Raab: Wir kommen doch auf 2 Milliarden Schilling, das ist zu hoch. Es sollte jährlich ein Betrag festgesetzt werden, um den wir Öl zu liefern haben.
- Mikojan: Nach dem Entwurf des Staatsvertrages haben wir doch das Recht auf 30 Jahre, wir geben es Ihnen schon nach sechs Jahren ab.
- Raab: Das sind halt die unglücklichen Folgen von Potsdam.
- Mikojan: Das ist Ihnen nach Hitler geblieben.
- Raab: Es ist unmöglich, es ist zu hoch. Ich schlage vor, 6 Millionen plus 6 Millionen ist gleich 12 Millionen Dollar. Ich weiss, dass so und so viele Bohrtürme trockengelegt sind, weil nichts mehr im Boden drinnen ist.
- Mikojan: Das ist eben das Schicksal, sogar der Mensch vertrocknet mit der Zeit.
- Raab: Im Grundprinzip sind wir sehr interessiert, das Öl zurückzukriegen. Wir müssen aber erst mit Fachleuten reden.

Österreich ist so klein und Russland ist so gross, Sie müssen doch einmal auch den Kleinen helfen.

Mikojan: Dann glauben Sie doch den Experten.

Raab: Gleichzeitig mit Verhandlungen und 150 Millionen Dollar Zahlung! Ich will nichts zusagen, was wir nicht halten könnten.

Figl: Es muss eben eine Gemischte Kommission zusammen mit russischen Fachleuten die Felder besuchen. Wir müssen uns die Katze doch einmal anschauen.

Mikojan: Wir sind einverstanden.

Wir kommen jetzt zur DDSG. Die Aktiven der DDSG werden auf 2,8 Millionen Dollar geschätzt.

Raab: Die ist wirklich nicht so viel wert.

Mikojan: Wir haben die DDSG nicht entwickelt, weil wir sie nicht auf die Dauer behalten wollten.

Kreisky: Darüber muss man mit unseren Fachleuten reden. Die DDSG gehört eigentlich zum USIA-Komplex. Die müssten Sie uns eigentlich dazugeben.

Mikojan: Ich glaube nicht, dass sie dazugehört.

Raab: Sagen wir, 2 Millionen Dollar abgehandelt.

Mikojan: Abgemacht!

In den USIA-Betrieben bleibt alles so, wie es jetzt ist.

Raab: Wenn es recht ist, könnten sogar sowjetische Experten belassen werden, damit eine reibungslose Übergabe erfolgen kann.

Mikojan: Wir wollen jetzt über einen Handelsvertrag reden. Ein solcher soll nach den üblichen Formen ausgehandelt werden. Ein ganz normaler Handelsvertrag. Ein Handelsvertrag für einen bestimmten Termin, fünf oder sechs Jahre, könnte abgeschlossen werden. Jedes Jahr soll die Menge eingesetzt werden.

Raab: Ich hoffe, dass sich die Gütermenge alle Jahre vermehren wird. Wir hoffen, dass Sie uns möglichst viel abkaufen werden.

Schärf: Wir werden das Warenhaus GUM mit allen Waren beliefern.

Mikojan: Ich möchte zum Schluss erklären, dass uns die Rolle des Okkupanten nicht angenehm ist. ~~Wenn~~ Für einen Kommunisten ist nämlich der Beruf eines Okkupanten kein guter Beruf. Ich hoffe, dass es zu guten wirtschaftlichen Beziehungen kommen wird. Sie werden vergessen, dass wir eine Okkupationsmacht waren und wir wollen vergessen, dass Österreich gegen die USSR mitgekämpft hat.

Raab: Ja, so wie Ihr General Wlassow. Aber wir schauen nach vorwärts. Kommen Sie einmal nach Wien! Vielleicht zur Wiener Messe, um den Pavillon der Sowjetunion zu eröffnen.

Ende 16.30 Uhr.

Fortsetzung der Besprechungen im Kreml am 14. April 1955, um 11.05 Uhr.

Anwesend von sowjetischer Seite:

Molotow, Mikojan, Kabanow, Iljitschow, Semjonow und Kymanow sowie zwei weitere sowjetische Beamte.

Molotow: Begrüsst und fragt, wie die österreichischen Herren nach dem gestrigen Empfang geschlafen hätten und wie Ihnen die Oper gefallen habe.

Raab: Verliest eine Zusammenstellung unserer Verpflichtungen und liest dieselben punktweise vor.

Das waren also unsere Verpflichtungen, die die Grundlage eines Dokumentes bilden sollen, das wir unterschreiben wollen.

Molotow: Die Redaktion des Papiers muss noch abgestimmt werden.

(Das Papier wird nochmals verlesen.)

Statt "verhindern" muss eine stärkere Form gewählt werden, nämlich "ausschliesst".

Schärf: Ich möchte feststellen, dass das ganze nicht als Protokoll, sondern als Ergänzungsvermerk unterzeichnet werden soll.

Molotow: Bin einverstanden, ist möglich.

Schärf: Eigentlich wird es ja nur paraphiert, das meiste bedarf ja der Zustimmung des österreichischen Parlaments.

Molotow: Die Redaktion muss noch durchgeführt werden.

Raab: Auf Ihrer Seite ist noch die Frage des Abzugstermines der Truppen offen.

Molotow: Wie versteht die österreichische Delegation den Ausdruck "Garantie der vier Mächte"?

Raab: So wie es seinerzeit bei der Schweiz war.

- Molotow: Das erscheint mir möglich. Natürlich muss das Einverständnis der anderen drei Mächte erreicht werden. Die Sowjetunion sieht kein Hindernis.
- Die Sowjetunion ist einverstanden, wenn vor dem 31. Dezember 1955 die Ratifikation erledigt ist, den Abzug vor diesem Termin vorzunehmen. Von Seiten der Sowjetunion wird keinerlei Verzögerung bei der Ratifizierung entstehen. Damit wird die Frage, ob drei oder sechs Monate irrelevant.
- Schärf: Ich betrachte die Sache so wie Herr Molotow. Wenn wir zur Ratifizierung kommen, spielt die Frage keine Rolle mehr. Aber wir könnten keine Verschlechterung des Staatsvertragesentwurfes, wenn auch nur eine optische, nach Hause mitbringen. Die USA werden keine Zustimmung zu einer Verlängerung von drei auf sechs Monate geben. Geben Sie uns doch direkt das, was Sie später den Amerikanern geben werden.
- Molotow: Wir nehmen ihren Vorschlag entgegen und nehmen an, alles andere hängt nicht von uns ab. Die 90 Tage werden ausgeschlossen, wir nehmen Ihren Vorschlag an.
- Schärf: Und im Staatsvertragsentwurf bleiben sie?
- Molotow: Wenn Sie sie behalten wollen, kein Einwand, ich wollte nur einen besseren Vorschlag machen.
- Schärf: Der Vorschlag des Herrn Molotow besteht unabhängig vom Staatsvertragsentwurf, es ist ein fester Termin, aber im Staatsvertragsentwurf bleibt es bei drei Monaten.
- Raab: Die Sowjetunion ist also bereit, ihre Truppen im Falle des Zustandekommens in diesem Jahre spätestens mit 31. Dezember 1955 abzuziehen.
- Molotow: Einverstanden.
- Raab: Verliest Papier betreffend die sowjetischen Verpflichtungen.
(Zu Punkt 3) kommt noch Protokoll von gestern nachmittag über Öl und wirtschaftliche Regelungen.)

- Molotow: Zu Punkt 4) sagt nach kurzer Rückfrage bei dem neben ihm sitzenden Mikojan "einverstanden".
Zu Punkt 5) (Öl)
- Molotow: Diese Sache ist akzeptiert. Wir werden auf Punkt 3) zurückkommen.
- Sehärf: Vielleicht kommen wir schon heute zu Punkt 5) zu einer Einigung?
- Raab: Wir werden dann beim wirtschaftlichen Protokoll, dem russischen, darüber reden.
- Molotow: Welche Änderungen meinen Sie noch zu Punkt 6?
- Raab: Wir wollen möglichst wenig ändern, besonders aber Artikel 38/3.
- Molotow: Ich bin zu Punkt 8) einverstanden.
- Raab: Gibt ein Resumé des russischen Protokolls vom 13. April 1955 und liest Übersetzung vor.
- Mikojan: Die Warenliste zur Grundlage anzusehen werden, sollte geändert werden.
- Raab: Der Termin von zwei Wochen ist etwas zu kurz. Ich schlage vor, einen Termin längstens zu Ende Mai.
- Molotow: Einverstanden.
- Raab: Spricht zu Punkt 2):
Das wird eine konstante Kommission sein.
Verliest Punkt 3).
- Mikojan: Natürlich handelt es sich dabei um US-Dollar, nicht vielleicht um mexikanische.
- Raab: In II/2: Nicht 12 Millionen Dollar jährlich, sondern insgesamt.
Meine Herren, das können wir nicht zahlen, wollen Sie, dass wir wieder bei den Amerikanern pumpen gehen?

- Mikojan: Dollar sind für uns uninteressant. Wir nehmen in natura.
- Raab: Wir können das nicht zahlen.
- Mikojan: Wir haben Ihre Vorschläge angenommen, Kabanow hat 60 % verlangen wollen. Sie haben selbst 50 % versprochen. Die Sowjetunion ist ohne weiteres Handeln mit österreichischem Vorschlag einverstanden.
- Raab: Die Sowjetunion hat den Entwurf auf die Leistung des Jahres 1947 basiert mit 500.000 Tonnen Förderung.
- Mikojan: Die 500.000 Tonnen als Basis können nur als Scherz angesehen werden. Der Bundeskanzler scherzt manchmal. Wir verlangen Öl, schieben die Dollar zur Seite.
- Raab: Wir müssen aber in Dollar kalkulieren.
- Molotow: Wenn die Kosten der Förderung von Österreich nicht getragen werden können, dann ist die Sowjetunion bereit, die Felder selbst zu behalten und auszunützen. Wenn es zu Schwierigkeiten kommt, ist es besser, die Frage auf die lange Bank zu schieben, Zweifel aufzuschieben und in ein oder zwei Jahren zur Entscheidung zu kommen.
- Raab: Dadurch würde es auch nicht besser werden. Welche Summe stellen Sie sich also vor?
- Molotow: Ich will nicht von einer Summe sprechen, da es sich nur um Sachlieferungen handelt.
- Raab: Ich möchte aber doch eine Summe zur Bewertung der Sachlieferungen haben.
- Mikojan: Gehen wir von der Voraussetzung aus, dass man jedes Jahr die Förderung feststellt.
- Raab: Wenn es weniger wird, dann weniger, wenn mehr, dann wird es mehr für Sie.
- Molotow: Die Sowjetunion geht darauf ein.

Mikojan: Wir denken, dass die Produktion für 1955 3,5 Millionen sein wird und immer wachsen wird.

Molotow: Man könnte das letzte Jahr der Förderung annehmen, jedes Jahr um 5 % steigern und so zu festen Sätzen kommen. 1955 käme als feste Basis von 50 % in Betracht. So käme man zu festen Ziffern. Dies ist aber nur ein Vorschlag. Mit festen Ziffern ist es besser, weil keine Kontrollen durchgeführt werden müssen.

Raab: Ich schlage vor, eine Million pro Jahr für sechs Jahre.

Mikojan: Sie sind ein sehr scharfsinniger Mann, sogar wenn man das Vorjahr als Basis annimmt, kämen doch 1,6 Millionen heraus. Wir wollen doch so wie bisher auf freundschaftlicher Basis verhandeln. Es gibt schliesslich zwei Arten der Verhandlung. Erstens: man verhandelt, bis man umfällt, oder zweitens: als realer Kaufmann. Ich sehe schon, wir sind schlechtere Kaufleute als Sie!

Raab: Wie hoch schätzen Sie Ihr Vermögen?

Mikojan: Ich schätze es auf 70 Millionen Dollar, nur die Anlagen ohne die Ölfelder. Festgestellte Felder betragen 70 Millionen Tonnen, das sind ungefähr 130 Millionen Dollar Wert. Sowas verkaufen wir an Österreich, nachdem Deutschland unser Land geplündert hat!

Molotow: Wir gehen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Standpunkte an. Es ist besser, die Frage gleich zu regeln, nicht auf die lange Bank zu schieben. Für die Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion wird das von guter Auswirkung sein.

Wir könnten auch die Aufgabe stellen, in der Ölindustrie Österreichs zu bleiben und müssten unsere Rechte dann auch entsprechend verteidigen. Aber wir sind uns klar, dass das von Zeit zu Zeit Differenzen mit Österreich ergeben müsste. Wir sind der Ansicht, dass Österreich die Verpflichtung zur Neutralität jährlich erfüllen wird und wir glauben, dass es opportun ist, die Ölfrage schon jetzt zu lösen. Wir erinnern uns daran, dass die österreichische Delegation gestern

50 % angeboten hat. Wenn das für Österreich sehr schwer ist, könnten wir die Bedingungen ein wenig erleichtern. Auch hier lassen wir uns von dem Wunsch leiten, dass die Beziehungen zu Österreich auf Dauer sich freundschaftlich gestalten sollen. Darum ist es besser, eine feste Zahl festzusetzen, um sie von Kontrollen und den damit verbundenen Differenzen unabhängig zu machen. Ausserdem ist es unser ehrlicher Wunsch, dass Naturalzahlungen von Österreich nicht als allzu drückende Last empfunden werden sollen. Darum fordern wir die österreichische Delegation auf, einen Vorschlag für eine feste Menge Rohöl zu machen, die für die nächsten sechs Jahre an die Sowjetunion zu liefern sein wird. Ich habe mit Mikojan mich beraten und wir bitten die österreichische Delegation, diese Frage nochmals zu überlegen. Wir könnten heute Abend beim Diner die festen Zahlen festlegen.

Raab: Ich bitte um eine kurze Unterbrechung.

Molotow: Wir wollen nicht drängen, wir stehen später zu Ihrer Verfügung.

Schärf: Was denkt aber Minister Mikojan selber darüber?

Mikojan: Ölförderung 1954 und Prozentsätze aus zu erwartender Vermehrung, sieben bis zehn Prozent mehr, aber mit Erhöhung von fünf Prozent einverstanden. Basis 1,6 Millionen Tonnen, zu dieser Ziffer fünf Prozent Zuschlag. Fünf Prozent jährlich zu 1,6 Millionen Tonnen zuzuschlagen, wobei immer Vorjahr als Basis dienen soll. Das wären 30 % im letzten Jahr.

(Die Verhandlung wird zwecks Beratung der österreichischen Delegation in einem anderen Raum unterbrochen.)

Fortsetzung der Besprechungen im Kreml am 14. April 1955, um 12.05 Uhr

- Raab: Ich möchte mitteilen, dass wir folgendes vorschlagen:
Österreich liefert 10 Millionen Tonnen Rohöl innerhalb einer Frist von 10 Jahren.
Im Falle eines aussergewöhnlichen Versagens der Quellen müsste neu verhandelt werden können. Wir schlagen einen Zeitraum von zehn Jahren vor, weil wir daneben 25 Millionen Dollar jährlich zahlen müssen. Unser Vorschlag entspricht mengenmässig dem Vorschlage des Herrn Mikojan.
- Mikojan: Sie sprechen von Überprüfung für den Fall der Verminderung der Öllieferung. Warum nicht auch bei einer Erhöhung der Öllieferung?
- Raab: Fünf Prozent Zusatz haben wir schon eingerechnet.
- Molotow: Wenn die österreichische Delegation auf die Bedingung verzichten würde, das heisst auf die Überprüfung verzichten könnte, dann würde man dem Vorschlag nähertreten. Wir würden dies nur aus politischen Gründen tun, denn aus wirtschaftlichen Gründen besteht kein Grund, den österreichischen Vorschlag anzunehmen.
- Raab: Ich sehe ein, dass es ein Kaufpreis ist, für den wir das Risiko übernehmen müssen. Wenn es uns möglich ist, werden wir auch in kürzerer Zeit als in zehn Jahren zahlen.
- Molotow: Einverstanden.
- Raab: Also zehn Jahre lang. Ich sage Ihnen aber, wir werden geprügelt werden, wenn wir heimkommen!
- Molotow: Im Gegenteil, Sie werden auf Händen getragen werden, wenn Sie heimkommen!
- Mikojan: Mein Kompliment, Sie können sehr gut handeln, Herr Bundeskanzler!

Raab: Punkt 2) muss neu formuliert werden.

Mikojan: Wie ist es mit dem Termin für die Übergabe der DDSG? Wann wird bezahlt?

Raab: Zusammen mit der Übergabe.

Mikojan: Im Jahre 1956.

Raab: Übernahme gleich nach dem Staatsvertrag? Das ist Sache von Detailverhandlungen. Ich bitte nun um Zusammenfassung der Punkte 1), 2) und 3).

Ausserdem bitten wir nochmals, wegen der österreichischen Inhaftierten in der Sowjetunion etwas zu unternehmen.

Und dann geht es um das gemeinsame Kommuniqué. Ich stelle mir vor, dass wir unsere Öffentlichkeit langsam vorbereiten müssen. Es wäre wichtig, wenn über die Gefangenen etwas gebracht werden könnte.

Figl: Lassen Sie am zehnten Jahrestag alle aus!

Molotow: Wir werden eine Erklärung abgeben, eine Erklärung Ihnen aushändigen mit Einschränkungen. Hier werden Zahlen angeführt, die vielleicht nicht ganz stimmen. Diese müssen erst ganz genau festgestellt werden.

(Molotow verliest vorbereitete Erklärung.)

In allernächster Zeit wird die Frage erörtert werden, die Frage betreffend der Verurteilten, die ihre Strafen auf dem Territorium der USSR abbüssen.

Bezüglich der österreichischen Kriegsgefangenen und Zivilinhaftierten wird vorgesehen:

- 1.) Vor dem Termin des Strafendes zu repatriieren 300 verurteilte österreichische Kriegsgefangene.
- 2.) Zur Verfügung der Republik Österreich zu übergeben als Kriegsverbrecher die übrigen 92 österreichischen Kriegsgefangenen, bezüglich derer russische Organe nicht die Möglichkeit gefunden haben, von Strafverbüßung zu befreien in Anbetracht ihrer gemeinen Verbrechen.

- 3.) Vor Strafende werden wir gestatten zurückzukehren 306 österreichischen Zivilpersonen, verurteilt wegen Verbrechens gegen die Sowjetunion und ihre Truppen in Österreich.
- 4.) Wir werden gestatten, in die Heimat zurückzukehren 17 österreichischen Staatsbürgern, die sich derzeit befinden laut Bestimmungen sowjetischer Gerichte in Verbannung und strafweise in Ansiedlungen sind befinden.
- 5.) Zeitweise in der USSR zu belassen 31 Österreicher, die in letzter Zeit Verurteilungen wegen aktiver Spionage in der Sowjetunion zugunsten von ausländischen Geheimdiensten.

Diese Personen können österreichischen Organen übergeben werden am Tage der Räumung Österreichs von den sowjetischen Truppen.

Wenn diese repatriert sein werden, bleibt keine Person österreichischer Staatsbürgerschaft zurück, die eine Strafe in der Sowjetunion abbüsst. Alle früheren österreichischen Kriegsgefangenen werden in allernächster Zeit nach Österreich repatriert werden. Die von mir genannten Ziffern können sich leicht ändern, besonders auch die Aufteilung nach Kategorien. Das Präsidium des Obersten Sowjets muss diese Begnadigungen erst bewilligen. In den nächsten Tagen werden die Gnadenakte vorbereitet, schon in den allernächsten Tagen.

Die Bitte des Herrn Staatspräsidenten Körner ist dadurch erfüllt.

Raab: Spricht den Dank der österreichischen Delegation für die Freilassung der Österreicher aus.

Was werden wir nun als nächstes angehen? Soll die Unterzeichnung abends vor dem Essen stattfinden?

Molotow: Darüber müssen wir noch reden, wir werden Sie verständigen.

Ende 12.30 Uhr.